

Zeitgenössische Ansätze zur Bildung für europäische Bürgerschaft – Wer macht heute was?



Europäische Bürgerschaft T-Kit

Nachdem wir verschiedene Arten des Verständnisses der europäischen Bürgerschaft und die Entwicklung der Konzepte über die Jahre hinweg untersucht haben, werden wir nun beleuchten, wie Bildung zur europäischen Bürgerschaft aussehen kann. Wie in den vorangegangenen Kapiteln sehen wir uns zunächst an, was wir aus den Erfahrungen der Vergangenheit und den derzeitigen Ansätzen lernen können, und unterbreiten dann Vorschläge für die Praxis der Bildungsarbeit.

Zur Geschichte Europas und der Bürgerschaft

Zeitgenössische Ansätze zur Bürgerschaft

Künftige Entwicklungen

Unser konzeptioneller Rahmen

Zeitgenössische Ansätze zur Bildung für europäische Bürgerschaft

Unser Ansatz zur Bildung für europäische Bürgerschaft

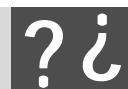
Bürgerschaftsprojekte – Beispiele und Ideen

Bildung zur europäischen Bürgerschaft – Einige Worte der Warnung!

As in all discussions about citizenship and European Citizenship, in academia or in practice, the Wie bei allen Diskussionen über Bürgerschaft und europäische Bürgerschaft, ob in Wissenschaft oder Praxis, wird der Diskurs über „Bildung zur Bürgerschaft“ beeinflusst von politischen Interessen, widersprüchlichen Vorstellungen vom „guten Bürger“ und entgegengesetzten Ideen über Bildung von Menschen. Professor Bogdan Suchodolski von der Polnischen Akademie der Wissenschaften, der ein Überlebender des Holocaust ist, sagte: „Ich sah gebildete Ärzte, die Kindern tödliche Injektionen gesetzt haben. Ich sah gebildete Rechtsanwälte, die das Kommando führten, ich lebte in Lagern, die von gebildeten Architekten gebaut wurden und ich sah gebildete Studenten, die das Todescamp leiteten.“ (Zitat aus Lauritzen, 2001). Die Guten und Gerechten dieser Welt sind nicht die einzigen, die Bildung zur Bürgerschaft benutzen. Auch Faschisten haben eine Vorstellung vom „guten Bürger“ und erziehen dazu.



Wie würden Sie einen „guten Bürger“ definieren?



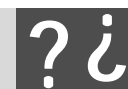
Die Begriffe „Bürgerschaft“ und „europäische Bürgerschaft“ sind, das haben Sie in diesem T-Kit bereits gesehen, strittig und oft kontrovers. Es gibt keinen Konsens darüber, was sie sind oder wie sie sein sollten. Für die Jugendarbeiter/innen, die sich für diesen Bereich interessieren, ist das Konzept der Bildung zur Bürgerschaft genauso unklar.

In den meisten Büchern sind die Diskussionen zu diesem Thema hauptsächlich „normativer“ Art – das bedeutet, es wird erörtert, was die „Bildung zur Bürgerschaft“ sein sollte und nicht wie sie heute tatsächlich ausgeübt wird und welchen Inhalt sie im Augenblick hat. Außerdem wird die Diskussion über die „Bildung zur Bürgerschaft“ hauptsächlich von Theoretiker/innen und Praktiker/innen der konventionellen oder schulischen Bildung dominiert. Sie beschäftigen sich hauptsächlich damit, wie die nationale Bürgerschaft zu „lehren“ sei.

Nur in einigen Ausnahmefällen wird auf die europäische Bürgerschaft (oder genauer gesagt, die europäische Dimension der Bildung zur (nationalen) Bürgerschaft) Bezug genommen oder diese untersucht. Die Leute beziehen sich recht selten auf die Tatsache, dass non-formale oder außerschulische Bildung (wie die Aktivitäten der Jugendorganisationen und die von Jugendarbeiter/innen organisierten Bildungsprogramme) und informelle Lernsituationen (wie die Erfahrungen von Jugendlichen im täglichen Leben durch Musik, Freundeskreise, Kultur und Konsum) ebenfalls „Stätten der Bürgerschaft“ sind (DECS/CIT (98) 38 rev.)³, bei denen Jugendliche Bürgerschaft erfahren, lernen und diese ausüben.



Wo wurden Sie zum ersten Mal angeregt, über die Begriffe und Konzepte von Bürgerschaft und europäischer Bürgerschaft nachzudenken?



In diesem Kapitel unseres T-Kits wird versucht, einige der Bildungskonzepte und Praxisansätze zu beschreiben, die beim Umgang mit Bürgerschaft verwendet werden. Ausgangspunkt sind zwei Auffassungen der Bildung zur Bürgerschaft, die oft Programmen zur Bildung zur Bürgerschaft in Europa zugrunde liegen. Im zweiten Schritt werden wir versuchen, die allgemein akzeptierten Ziele dieser Bildung zusammenzufassen und die von der Literatur vorgeschlagenen Konzepte und Praxisansätze zur Bürgerschaft kritisch zu untersuchen.

3. Der Begriff wurde vom Projekt des Europarates „Education for Democratic Citizenship“ geprägt. Stätten der Bürgerschaft werden definiert als „...neue oder innovative Formen der Gestaltung demokratischen Lebens. Die Stätten bestehen aus einer Initiative (Zentrum, Institution, Gemeinschaft, Nachbarschaft, Stadt, Region usw.) mit dem Versuch, die Prinzipien der modernen demokratischen Bürgerschaft zu gestalten und umzusetzen. Sie sind ein Praxisansatz oder eine Reihe von Ansätzen zur Verdeutlichung der modernen Bedeutung der Bürgerschaft und der Strukturen, die sie unterstützen“.



Drittens werden wir uns Europa im Hinblick auf die Bildung zur Bürgerschaft ansehen und über die europäische Dimension in den Programmen zur Bildung zur Bürgerschaft nachdenken. Auch hier werden wir die bestehenden Praxismodelle in Bezug auf die europäische Dimension der Bildung kritisch betrachten. Schließlich werden wir versuchen, unseren „pädagogischen Ansatz zur europäischen Bürgerschaft“ darzustellen, der (ausgehend von der integrierten, dynamischen und komplexen Natur der europäischen Bürgerschaft, die wir in diesem T-Kit vorschlagen) aus einigen allgemeinen Überlegungen besteht sowie einigen Kompetenzen, die unserer Ansicht nach heute für die Bildung zur europäischen Bürgerschaft wichtig sind.

Bildung zur Bürgerschaft – Gemeinsame treibende Kräfte und Ziele

In der von uns konsultierten Literatur gab es zwei Denkrichtungen in der „Bildung zur Bürgerschaft“, die von zwei historisch dominanten Auffassungen der nationalen Bürgerschaft in demokratischen Gesellschaften geprägt werden. Die erste Richtung ist als „Kommunitarismus“ oder „zivilgesellschaftlicher Republikanismus“ und die zweite ist als „Individualismus“ bekannt. Beide Denkrichtungen entwickelten sich aus einer größeren philosophischen Bewegung, bekannt als „Liberalismus“.

Jede dieser Denkrichtungen entwickelte ihr Konzept der nationalen Bürgerschaft, in dem sie definieren, was sie unter „guten Bürger/innen“ verstehen und auf dieser Grundlage wird definiert, wie diese „guten Bürger/innen“ zu bilden sind. Wie wir nachstehend aufzeigen, unterscheiden sich die beiden Denkrichtungen radikal voneinander in ihrem Verständnis von Bürgerschaft, ihren Ideen von „guten Bürger/innen“, und in ihren Zielen und Inhalten der „Bildung zur Bürgerschaft“.

Kommunitaristische oder zivilgesellschaftlich-republikanische Verständnisse der Bildung zur Bürgerschaft

Kommunitarier und zivilgesellschaftliche Republikaner sind der Auffassung, dass die Bürgerschaft die „Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft einschließlich eines Rechtsstatus beinhaltet, der offizielle Rechte und Pflichten überträgt wie Gleichheit vor dem Gesetz, das Wahlrecht, Zahlung von Steuern oder anderweitige Beteiligung am sozialen und ökonomischen Wohl der Gemeinschaft. Die Frage ist, wie weit diese von Gesetz und Regierung abgesichert werden und ob die Bürger/innen diese offiziell festgelegten Rechte und Pflichten ausüben.“ (Gilbert, 1996). Die Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft ist das wichtigste Merkmal dieses Ansatzes zur Bürgerschaft. Die Mitglieder der Gemeinschaft müssen gemeinsame Werte, Interessen und Pflichten haben, um eine Gemeinschaft zu bilden. Nach dieser Auffassung ist die Bürgerschaft mehr als ein Status: Sie ist eine Aktivität und sollte ausgeübt werden. Ohne die Ausübung der Bürgerschaft ist es nicht möglich, Bürger/in zu sein. Durch die Erfüllung der Aufgaben der Bürgerschaft wird die Identität eines Menschen als Mitglied der Gemeinschaft aufrechterhalten und anerkannt.

Dieser Ansatz zur Bürgerschaft bedeutet, dass die Bildung zur Bürgerschaft die Menschen befähigen und unterstützen sollte, Bürgerschaft auszuüben, indem ihnen Informationen, Fähigkeiten und Ressourcen an die Hand gegeben werden, mit deren Hilfe sie in der Lage sind, die gegebenen Gelegenheiten und Möglichkeiten zu nutzen. Jedoch sollten auch die Pflichten der Bürgerschaft hervorgehoben werden und zu Loyalität und Gehorsam gegenüber den gemeinsamen Werten der Gemeinschaft ermuntert werden. Die Bildung zur Bürgerschaft sollte „sicherstellen, dass Bürger/innen zur Ausübung der Bürgerschaft beitragen.“ (Gilbert, 1996).

Laut Derek Heater (1990) sollte die Bildung zur Bürgerschaft den Bürger/innen helfen, ihre Rolle zu verstehen, die für ihn Status, Loyalität, Rechte und Pflichten bedeutet „nicht vorrangig anderen Menschen gegenüber, sondern in Bezug auf ein abstraktes Konzept, den Staat“ (S.2). Für Heater ist die Bürgerschaft durch zwei Merkmale gekennzeichnet – „Identität und Tugend“ – und diese sollten im Zentrum des Projektes der Bildung zur Bürgerschaft stehen. Identität kann sich auf verschiedene Zugehörigkeitsgefühle gründen wie die Volksgruppe oder das Geschlecht, aber die Bürgerschaft ist die Identität aller Identitäten und „trägt dazu bei, die entzweierenden Leidenschaften anderer Identitäten zu bändigen und auszugleichen“ (ibid. S.184). Tugenden wie die Achtung von Verfahrensvorschriften, das Gefühl von Verantwortung und Loyalität gegenüber der Gemeinschaft sind nach Ansicht von Heater die Schlüssel zur Bürgerschaft.



Europäische
Bürgerschaft
T-Kit

Zur Geschichte
Europas und
der Bürgerschaft

Zeitgenössische
Ansätze zur
Bürgerschaft

Künftige
Entwicklungen

Unser
konzeptioneller
Rahmen

Zeitgenössische
Ansätze
zur Bildung
für europäische
Bürgerschaft

Unser Ansatz
zur Bildung
für europäische
Bürgerschaft

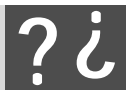
Bürgerschafts-
projekte
— Beispiele und Ideen

Die Bildung zur Bürgerschaft könnte, auf diesem Ansatz aufbauend, demnach folgende Ziele verfolgen:

- Individuen mit den Werten der Gemeinschaft vertraut zu machen, der sie angehören und der sie ihre Rechte als Bürger/in verdanken (heute ist die Gemeinschaft meist der Nationalstaat und daher wären die Werte der Gemeinschaft die sogenannten „nationalen Werte“);
- Ein Gefühl der gemeinsamen Verantwortung bei den Bürger/innen zu entwickeln für das Wohlergehen und die kontinuierliche Entwicklung der Gemeinschaft;
- Individuen mit ihrer Rolle und ihren Pflichten sowie ihren Rechten nach den Bestimmungen ihrer Bürgerschaft vertraut zu machen;
- Individuen und Gruppen die Instrumente und Fähigkeiten an die Hand zu geben (z.B. Kompetenzen, intellektuelle Ressourcen), damit sie ihren Bürgerpflichten gegenüber dem Rest der Gemeinschaft aktiv nachkommen können;
- Bei den Individuen ein Gefühl der Loyalität und des Gehorsams gegenüber der Gemeinschaft zu entwickeln, welche die Bürgerschaft gewährt hat.



Inwieweit stimmen Sie mit diesen Zielen überein?



Individualistische Verständnisse der Bildung zur Bürgerschaft

Die Individualisten glauben, dass die Bürgerschaft ein Status ist, der den Individuen Rechte und Souveränität über ihr Leben verleiht. Die Aufgabe der Politik ist es daher, den Bürger/innen die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte auszuüben und sie dabei zu schützen. Den Bürger/innen sollte es frei stehen, kollektive oder individuelle Interessen zu verfolgen, die ihnen am Herzen liegen, und die politischen Vereinbarungen sollten dies erlauben. Diese Vereinbarungen sind jedoch hauptsächlich praktischer Art. Die Bürger/innen haben das Recht, sich politisch zu beteiligen, aber es liegt bei ihnen, zu wählen, wie und wann sie dies innerhalb der Grenzen der politischen Vereinbarungen tun möchten, die für ihre Beteiligung getroffen wurden (wie Sozialhilfe oder besonderer Zugang für Benachteiligte). Bürger/innen haben auch das Recht, sich nicht aktiv zu beteiligen.

Dieser Gedanke der Bürgerschaft hat einen großen Vorteil, nämlich dass nicht nur eine einzige Definition des „guten Lebens“ gegeben wird. Der Garant der individuellen Freiheit ist das politische System und die Menschen sind bei der Verfolgung ihrer individuellen oder kollektiven Interessen nur insoweit eingeschränkt, als sie die Autonomie anderer und die institutionellen Vereinbarungen zur Garantie dieser Freiheit achten müssen (Oldfield, 1990 in Gilbert, in Demaine und Entwistle, 1996).

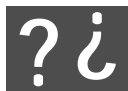
Diese Sicht der Bürgerschaft beinhaltet, dass die Bildung zur Bürgerschaft sich auf die Regeln und Verfahren zur politischen und anderer Formen der Beteiligung konzentrieren sollte, damit die Menschen wissen, wie sie sich beteiligen können. Die Entwicklung der Kompetenzen der Bürger/innen – wie die Fähigkeit Konflikte zu lösen, ohne die Rechte anderer zu beschneiden, einen bestimmten politischen Kurs der Regierung abzulehnen, eigene Rechte zu verteidigen und die individuelle Autonomie beizubehalten – sind wesentlich für die individualistischen Bildungsansätze.

Solche Ansätze beschäftigen sich jedoch nicht mit „Grundrechten oder gemeinsamen Werten“ (Gilbert, in Demaine und Entwistle, 1996) oder der Ermutigung von Menschen, nach alternativen Lösungen oder Vorschlägen zu suchen für das, was sie ablehnen. Bürger/innen müssen so gebildet werden, dass sie sich beteiligen können, wenn sie dies wünschen und nicht die Freiheit anderer beschneiden.

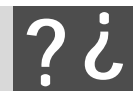
Die Bildung zur Bürgerschaft könnte nach dieser Ansicht folgende Ziele verfolgen:

- Individuen Wissen und Kompetenzen an die Hand zu geben, die es ihnen erlauben, ihre Rechte voll und ganz auszuüben, ohne dabei die Autonomie Anderer zu beschneiden.

- Individuen die Fähigkeit zu geben, Aktionen oder politische Entwicklungen abzulehnen, die ihrer Meinung nach nicht in ihrem Interesse oder im Interesse der Gesellschaft als Ganzes liegen;
- Individuen das notwendige Vertrauen und die Kompetenzen zu geben, damit sie sich an der Politik innerhalb der Grenzen beteiligen können, die durch die Regeln für das politische Engagement festgelegt werden;
- Individuen Mittel an die Hand zu geben, damit sie ihre Rechte als Bürger/innen verteidigen können.



Inwieweit sind Sie mit diesen Zielen einverstanden?



Probleme und Dilemma

Diese divergenten Ziele deuten an, dass es wohl sehr unterschiedliche Ansätze bei der Erstellung eines Curriculums zur Bildung zur Bürgerschaft geben würde, und dass die Ergebnisse und Vorteile dieser Curricula unterschiedlich sein werden. Den Inhalt betreffend, unterscheiden sich die kommunitaristischen Ansätze zur Bildung zur Bürgerschaft von den individualistischen Ansätzen, weil sie Wertvorstellungen vorschlagen, die die Gemeinschaft zusammenhalten, während individualistische Ansätze dies nicht tun. Deshalb wird der kommunitaristischen Bildung zur Bürgerschaft manchmal Moralismus und Paternalismus vorgeworfen. Außerdem leidet sie unter der Tatsache, dass die Gesellschaft von heute durch immer mehr unterschiedliche Wertesysteme gekennzeichnet ist. Die Menschen glauben unterschiedliche Dinge und äußern dies heute offen.

Das Problem ist, dass die kommunitaristischen Ansätze zur Bildung zur Bürgerschaft einen dominanten Wertesatz vorschlagen, dem sich die gesamte Gemeinschaft unterordnen soll. Sie tun dies, obwohl die Menschen sich heute immer mehr der Vielfalt innerhalb der Gesellschaft wie auch zwischen den Individuen selbst bewusst sind. Die kommunitaristische Bildung zur Bürgerschaft steht daher weiterhin vor dem Problem, wie Kriterien für die Mitgliedschaft der Gemeinschaft definiert und gleichzeitig potentielle Ausgrenzungen berücksichtigt werden können.

Auch individualistische Ansätze zur Bildung zur Bürgerschaft stehen vor einer Reihe von Problemen. Sie sind schwach beim Zugehörigkeitsgefühl oder der Identifizierung mit der Bürgerschaft, die sie vorschlagen, da sie jede Diskussion über Werte und Normen vermeiden. Außerdem entfremden sie den Menschen durch das übermäßige Augenmerk auf Verfahren und Regeln. Obwohl sie die Fähigkeit zu kritischem Denken und Opposition entwickeln möchten, treten sie nicht dafür ein, dass Individuen alternative Aktionen vorschlagen.

Beide Ansätze haben einige Probleme gemeinsam. Das erste ist, dass sie beide sogenannte „Schutzmodelle“ sind (Hogan, in Kennedy et al, 1997). In beiden Ansätzen sollen die Bürger/innen Möglichkeiten und Fähigkeiten zur Beteiligung, selbst zur Kritik erhalten. Das tatsächliche Ausmaß der Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger/innen hat jedoch Auswirkungen auf die Bildung zur Bürgerschaft, die angeboten oder vorgeschlagen wird. In den meisten zeitgenössischen Demokratien gibt es die Gelegenheit für einen direkten Zugang zu Entscheidungsverfahren, dem Herzstück von politischer Beteiligung, in Form von Wahlen zwar regelmässig, aber nur selten.

In beiden Ansätzen zur Bildung zur Bürgerschaft lernen die Individuen, das Recht und die Pflicht zur „Beteiligung“ zu nutzen. Dies lässt sich vergleichen mit dem Unterrichten über Wahlsysteme und Wahlen. Sie können jedoch nicht erlernen, wie sie ihre Interessen gegenüber Politiker/innen äußern oder alternative Lösungen für die Probleme, die sie betreffen, vorschlagen können. In unseren zeitgenössischen Systemen der pluralistischen Demokratie wird die Beteiligung als positiv erachtet, aber nur insoweit, als sie nicht die Grundlagen der Gesellschaft und des politischen Systems untergräbt. Mit anderen Worten, revolutionäre Tätigkeiten werden in keinem dieser Ansätze als Akt der Bürgerschaft betrachtet.

Zweitens sind beide Ansätze recht weit von der heutigen Realität entfernt, insbesondere der Realität der Jugendlichen. Beim kommunitaristischen Ansatz werden Wertesysteme vorgeschlagen, die fast schon exklusiv sind und die nicht die Vielfalt der zeitgenössischen Gesellschaft und des Lebens widerspiegeln. Beim individualistischen Ansatz werden überhaupt keine Werte vorgeschlagen, außer der Autonomie des Einzelnen, und daher erhalten Jugendliche nicht die Möglichkeit, ihre Identifikation positiv und konstruktiv auszudrücken. Die Bildung, die beide vorschlagen, konzentriert sich hauptsächlich darauf, Kompetenzen zur Aushandlung der Beteiligung am staatlichen Sektor und der offiziellen Politik anzubieten.

Beide pädagogischen Ansätze berücksichtigen das Potential anderer Formen der Identifikation von Jugendlichen sowie ihren Wunsch nach kulturellem Ausdruck nicht ausreichend. Daher ist es für sie schwierig, alternativeren Formen des politischen Engagements von Jugendlichen Rechnung zu tragen (z.B. in den Bereichen Kultur- und Identitätspolitik, Umweltschutz oder Antirassismus, Musik und Lifestyle). Im Ergebnis ist es schwer, das Potential solcher Beteiligungsformen zu erkennen, sich darauf vorzubereiten und darauf einzugehen.

Drittens gibt es das Motivationsproblem. Beide Ansätze haben Schwierigkeiten genau darzulegen, wie Menschen nachhaltig motiviert werden können, ihren Pflichten nachzukommen und die Rechte der Bürgerschaft wahrzunehmen. Beim kommunitaristischen Ansatz steht die Bildung vor der Herausforderung, Personen dazu zu motivieren, ihren Pflichten als Bürger/innen nachzukommen. Beim individualistischen Ansatz steht die Bildung vor der Herausforderung, Menschen zu motivieren, nicht die Autonomie oder Freiheit Anderer bei der Ausübung ihrer Rechte zu beschneiden.

Ironischerweise greifen beide Denkrichtungen auf die Argumente des anderen zurück, um Antworten auf das Motivationsproblem zu finden. Die Kommunitarier schlagen ein individuelles Selbstinteresse vor.

Für den einzelnen Menschen sind die Vorteile, die Bürger/innenpflichten auszuüben, größer als die Vorteile, wenn sie diese nicht auszuüben. Die Individualisten schlagen eine Verpflichtung zu gemeinsamen Werten und zur Gemeinschaftssolidarität vor, damit die Individuen nicht die Freiheit anderer bei der Ausübung ihrer Rechte beschränken. Wenn wir anerkennen, dass es ein Motivationsproblem schon bei der nationalen Bürgerschaft gibt – mit der sich wohl die Meisten leichter identifizieren können als mit einem abstrakten Konstrukt wie der europäischen oder der transnationalen Bürgerschaft – dann ergibt sich daraus auch ein Motivationsproblem bei der europäischen Bürgerschaft.

? ? Wie können wir Jugendliche dazu motivieren, europäische Bürgerschaft zu praktizieren? **? ?**

In der folgenden Tabelle werden die Vor- und Nachteile beider Ansätze verglichen, die oben kurz ange-rissen wurden:

Abbildung 12 – Tabelle der individualistischen und kommunitaristischen Ansätze

	Vorteile	Nachteile
Individualis-tisch	Die Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft ist eher technisch als wertorientiert, daher ist eine Ausgrenzung weniger wahrscheinlich Bürgerschaft als Status, der Rechte gewährt, keine Verpflichtung, Pflichten zu übernehmen, um als Bürger/in angesehen zu werden Kann mit Vielfalt arbeiten Lässt kritisches Denken und Opposition zu	Schwach beim Gefühl der Identifikation, da „keine Werte“ Kann entfremden, da Konzentration auf Verfahren und Regeln Entwickelt keine alternativen Ideen Schutzmodell Weit von der Realität der Jugendlichen entfernt Motivationsproblem Problem des individuellen Selbstinteresses
Kommunitaris-tisch	Gibt Werte vor, mit denen man sich identifizieren kann Entwickelt ein Gefühl der Verantwortung und Pflicht gegenüber der Gemeinschaft	Schlägt einen vorrangigen Wertesatz vor, der die Gemeinschaft aneinander bindet: Paternalismus, Moralismus und Exklusivität Wie kann man Kriterien für den Beitritt zur Gemeinschaft definieren Erfordert Gehorsamkeit und Loyalität Schutzmodell Weit von der Realität der Jugendlichen entfernt Motivationsproblem

? ? Mit welchen Elementen dieser Ansätze können Sie sich am besten identifizieren? **? ?**



Die Diskussionen über den Inhalt der Bildung zur Bürgerschaft sind sehr lebhaft. Beide Ansätze stehen vor einem gemeinsamen Dilemma bei der Bildung der Bürger/innen. Die Frage, die sich jeder stellt, lautet: „Sollte die Bildung zur Bürgerschaft ein eigenes Fach oder eine transversale Bildungspriorität und Bildungsansatz sein?“ In der wissenschaftlichen Literatur über die Bildung zur Bürgerschaft wird untersucht, wie die Bildung zur Bürgerschaft durch den bestehenden Lehrplan einer durchschnittlichen Schule erzielt werden kann, die besonderes Augenmerk auf den Geschichtsunterricht (national, europäisch, international), auf Sprachen (Mutter- und Fremdsprachen, moderne und klassische Sprachen), Kulturstudien und Geographie legt, aber auch deutlich die Rolle der Fächer Sozialkunde, Politik und selbst der Naturwissenschaften hervorhebt.

Das Ziel dieses Ansatzes ist es, die Entwicklung der Bürgerschaft und die wichtigsten Fähigkeiten für die Ausübung der Bürgerschaft in den bestehenden Lehrplan aufzunehmen, ohne jedoch die Qualität und den Standard der allgemeinen Bildung zu beeinträchtigen. Der andere Ansatz, bei dem die Bürgerschaft als eigenes Fach behandelt und mit unterschiedlichen Titeln versehen wird wie Menschenrechtsbildung, Politische Bildung, Wertekunde, Bildung zur Bürgerschaft oder persönliche Bildung, Sozialkunde sowie Umweltkunde, sieht die Bürgerschaft als Gebilde des Wissens und der Fähigkeiten, für den die Bildungseinrichtung eine Reihe von Studienfächern, Pflichtfächer wie auch Wahlfächer, anbieten kann.

Es gibt jedoch keinen Konsens darüber, welcher der beiden Ansätze den Jugendlichen besser das notwendige Wissen, die Kompetenzen und Motivation an die Hand gibt, damit sie als Bürger/innen agieren und sich an der Politik und der Gesellschaft beteiligen können. Obgleich diese Frage in der Literatur über schulische Bildung ausführlich behandelt wird, gibt es auch viele Hinweise darauf, dass sie auch von nicht-formaler Bildung und Bildungseinrichtungen diskutiert wird.

„Sollte die Bildung zur Bürgerschaft ein eigenes Fach oder sollte sie transversale Bildungspriorität und Ansatz sein?“

Die europäische Dimension der Bildung zur Bürgerschaft

Wenn wir über die europäische Dimension der Bildung zur Bürgerschaft sprechen, wäre es gut, daran zu denken, dass die Literatur hier eindeutig ist. Auch wenn wir uns einen „europäischeren“ Ansatz zur Bildung wünschen würden (was alles bedeuten kann von einem Ansatz, der kosmopolitischer ist bis hin zu einem menschenrechtszentrierterem Ansatz) sieht die Realität so aus, dass die „europäische“ Dimension erst eine junge Dimension der Bildung zur Bürgerschaft in den meisten nationalen Lehrplänen ist, eine Dimension, die, wenn überhaupt, als Ergänzung zur nationalen Bürgerschaft gesehen wird.

Der Wunsch der Pädagogen, eine europäische Dimension in die Bildung zur Bürgerschaft aufzunehmen, entwickelte sich aus der Realität des Lebens in „Europa“ (in der Literatur meist verstanden als Europäische Union). Die Gemeinschaft ist anerkanntermaßen ein weites Konzept, das viel mehr als nur den Nationalstaat einschließt, in dem die Regionen über die nationalen Grenzen hinaus definiert werden und in dem die Einzelnen sich der Entscheidungen auf europäischer und internationaler Ebene immer stärker bewusst werden, da diese direkten Einfluss auf ihr tägliches Leben haben, sei es materiell oder bezüglich ihrer individuellen Fähigkeit, bestimmte Rechte wie Freizügigkeit auszuüben.

Die Schwierigkeit bei diesem Verständnis ist, dass die Bürger der verschiedenen Nationen Europas auch in der Welt leben und wesentlich von den Weltereignissen und Entwicklungen betroffen sind (insbesondere alle Ereignisse im Zusammenhang mit der Globalisierung der Märkte und Wirtschaft wie bereits früher erwähnt). Bisher ist es schwierig zu sagen, ob „Weltbürgerschaft“ für die meisten Menschen eine Bedeutung hat, trotz der Bemühungen von Organisationen wie der UNESCO und anderer UN-Agenturen, die diese fördern möchten. Dieses Verständnis der europäischen Bürgerschaft ignoriert mehr oder weniger die globale Dimension der Bürgerschaft und tendiert dazu, sehr eurozentrisch zu sein.



Europäische
Bürgerschaft
T-Kit

Zur Geschichte
Europas und
der Bürgerschaft

Zeitgenössische
Ansätze zur
Bürgerschaft

Künftige
Entwicklungen

Unser
konzeptioneller
Rahmen

Zeitgenössische
Ansätze
zur Bildung
für europäische
Bürgerschaft

Unser Ansatz
zur Bildung
für europäische
Bürgerschaft

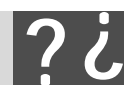
Bürgerschafts-
projekte
– Beispiele und Ideen

Die gängigen Definitionen in den unterschiedlichen europäischen Institutionen haben Einfluss auf das, was unter europäischer Bürgerschaft verstanden wird und daher auch auf die Bildung dazu. In der Europäischen Union wurde die europäische Bürgerschaft bis vor kurzem ausschließlich als Verfahren definiert: Ein Status, der all denen übertragen wird, die die Bürgerschaft eines Mitgliedstaates der EU besitzen, der diesen Bürger/Innen bestimmte Zusatzrechte verleiht, wie Freizügigkeit in der EU, die Möglichkeit, Mitglieder des Europäischen Parlamentes direkt zu wählen usw. Im Europarat andererseits waren und sind Werte wie der Schutz der Menschenrechte, pluralistische Demokratie, demokratische Stabilität, Sicherheit und soziale Kohäsion sowie kulturelle Vielfalt in einem geographischen Europa die Parameter, die die europäische Bürgerschaft ausmachen.

In dem Kapitel „Zeitgenössische Ansätze zur europäischen Bürgerschaft“ haben wir bereits ausführlich erläutert, dass der konzeptionelle und theoretische Unterschied zwischen diesen beiden Ansätzen recht einfach ist: Nach der Definition der EU ist die europäische Bürgerschaft ein Status, der automatisch denen übertragen wird, die bereits Bürger eines Mitgliedstaates der EU sind und begleitet wird von Rechten, zusätzlichen zu denen, die durch die nationale Bürgerschaft übertragen werden. Nach der Definition des Europarates ist die europäische Bürgerschaft eine Einstellung oder ein Verhalten, das durch die Annahme bestimmter Werte (Menschenrechte, demokratische Sicherheit, soziale Kohäsion und Rechtsstaatlichkeit⁴) und ihre Ausübung, unabhängig von der Nationalität oder der Bürgerschaft, entwickelt wird. Theoretisch können nach dieser Definition selbst Staatenlose europäische Bürger sein. Natürlich ist die Praxis eine andere, denn ohne eine Beziehung zu einem Staat und den bürgerlichen und politischen Rechten, die den Individuen durch diese Beziehung übertragen werden, ist die Ausgrenzung praktisch unvermeidbar. Es ist nicht überraschend, dass sich diese beiden Ansätze bei der Übertragung in die Bildungsprogramme stark unterscheiden.



Welche bisherigen Erfahrungen haben Sie mit Bildungsarbeit zur europäischen Bürgerschaft?



Ansätze der Europäischen Union und des Europarates zur Bildung zur europäischen Bürgerschaft

Die europäische Dimension der Bildung zur Bürgerschaft wirft für die nationalen Lehrpläne konzeptuelle Schwierigkeiten auf. In der Europäischen Union und in den Ländern, die nun Beitrittskandidaten zur EU sind, wird die europäische Dimension der Bildung zur Bürgerschaft im Großen und Ganzen durch den Unterricht, das Wissen und die Fähigkeiten definiert, die es den Bürgern und potentiellen Bürgern der EU erlauben, die institutionelle Realität der Europäischen Union, die Rechte, die durch die EU-Bürgerschaft übertragen werden (einschließlich Wahlrecht bei Wahlen des Europäischen Parlamentes und, wenn sie in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig sind, Beteiligung an den Gemeinde- und Kommunalwahlen) und die Funktionsweise der Institutionen der Europäischen Union⁵ zu verstehen.

In anderen Ländern, insbesondere in den vielen Mitgliedstaaten des Europarates, die bisher noch nicht einmal als potentielle Kandidaten für einen EU-Beitritt eingestuft werden, geht es darum, gemeinsame Interessen bei den Bürgern in einem größeren Europa zu finden. In den Ländern der ehemaligen Sowjet Union und in Südosteuropa ist die „europäische Bürgerschaft“ attraktiv, aber illusorisch, da sie verbunden ist mit materiellem Wohlstand, Freizügigkeit, Frieden und die EU für die Bevölkerung einen sicheren Hafen darstellt.

Der Ansatz des Europarates hat auch Nachteile, da es in vielen Mitgliedstaaten keinen Konsens über die historischen und kulturellen Gründe gibt, die sie an die sogenannten „europäischen Werte“ binden. Der Vorteil des Ansatzes des Europarates ist jedoch, dass bei der Unterstützung einer wertorientierten Identität, gesehen im Lichte einer europäischen Bürgerschaft, Individuen und Gruppen diese Werte offen unterstützen können, unabhängig von Status, Volkszugehörigkeit, Geographie oder Geschichte. Auch Bildungsprogramme können solche Werte fördern und sich daher selbst als „europäisch“ bezeichnen.

4. Für weitere Informationen über die Werte und Aufgaben des Europarates konsultieren Sie die Webseite: www.coe.int

5. Für weitere Informationen über die Institutionen der Europäischen Union und ihre Aufgabe und Rolle, konsultieren Sie die EU-Webseite: <http://europa.eu.int/>.



Auf europäischer Ebene sind die Bildungsprogramme des Europarates und der Europäischen Union (insbesondere im Jugendsektor) viel weitergekommen bei der Untersuchung des Labyrinths der „Europäischen Bürgerschaft“ und der Entwicklung von Praxisansätzen, die den wertorientierten Ansatz widerspiegeln. Was Curricula angeht, haben sowohl die Europäische Union als auch der Europarat Jugendprogramme entwickelt, die die Werte einer europäischen Bürgerschaft fördern, die als Wahlmöglichkeit und als etwas Praktisches und zu Praktizierendes dargestellt wird. Die EU-Programme zur europäischen Bürgerschaft oder Bildung zur europäischen Bürgerschaft für die Jugendarbeit werden als komplementär zu den nationalen Bildungsangeboten gesehen (schulische und außerschulische) und dienen dazu, eine Europäische Union zu fördern, die bürgernäher ist und sich mehr um die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen kümmert, die auf dem Gebiet der Union leben, egal ob sie Bürger/in der Union sind oder nicht. In der Praxis der europäischen Bürgerschaft, die sich aus solchen Programmen ergibt, ist der Status daher nicht so wichtig. Die stetige Erweiterung der Jugend- und Bildungsprogramme der Union um die Beitrittsländer und die sogenannten „Drittstaaten“ (Länder, die weder Mitglied der Union noch Beitrittskandidaten oder Programmmitglieder sind) ist ein weiterer Beweis für gute Intentionen. Einige der bekannteren Beispiele für solche EU-Programme sind Socrates, Leonardo Da Vinci, Erasmus und das Jugendprogramm (einschließlich des europäischen Freiwilligenprogramms) ⁶.

„Europäische Bürgerschaft sollte optional und praktizierbar sein“

Im Europarat werden Programme zur Bildung zur europäischen Bürgerschaft als normgebend für die Entwicklung neuer und innovativer Ansätze und Praktiken gesehen, die eventuell von staatlichen Bildungseinrichtungen, Ausbildungsinstituten und Akteuren in der Jugendpolitik angenommen und übernommen werden können. Im Europarat ist die europäische Bürgerschaft, wie oben beschrieben, eine der Hauptprioritäten im Jugendsektor für die Jahre 2003 bis 2005. Sie entstand aus einer dreißigjährigen Geschichte der Jugendbeteiligung auf allen Ebenen der Gesellschaft. Ihr Anliegen ist es, die Beteiligung und die aktive Bürgerschaft für Jugendliche Teil der Jugendpolitik auf europäischer Ebene werden zu lassen. Im Europarat sind gute Beispiele unter anderem das Projekt „Education for Democratic Citizenship“, das Projekt für Geschichtsbücher, die Programme zur Beteiligung und demokratischen Bürgerschaft des Direktorates für Jugend und Sport, und das europäische Trainingsprogramm für Jugendarbeiter/innen in Partnerschaft mit der Europäischen Kommission ⁷.

Bildung zur europäischen Bürgerschaft in der Praxis

Obgleich wir in dieser Publikation keine Erhebung über die Praxisansätze der europäischen Dimension bei der Bildung zur Bürgerschaft in den nationalen Curricula aller europäischen Länder durchführen können, geben die europäischen Programme gute Denkanstöße insbesondere für diejenigen, die an der Entwicklung von außerschulischen Bildungsaktivitäten für Jugendliche zur europäischen Bürgerschaft interessiert sind oder die europäische Bürgerschaft als Ansatz nutzen ⁸.

Alle oben erwähnten europäischen Programme haben eine Reihe von wichtigen Merkmalen gemeinsam. Interessanterweise stimmen die Europäische Union und der Europarat in ihren Kernwerten und Kompetenzen trotz ihrer unterschiedlichen Ausgangspunkte und Philosophie darin überein, was für die Bildung zur europäischen Bürgerschaft gelten sollte. In dem folgenden Kapitel wird versucht, die wichtigsten Merkmale der Bildung zur europäischen Bürgerschaft zu beschreiben, die in den Programmen der beiden Institutionen dargestellt werden.

6. Für weitere Informationen über EU-Programme zur Förderung der europäischen Bürgerschaft konsultieren Sie folgende Webseite: <http://europa.eu.int>

7. Für weitere Informationen über die Programme des Europarates zur Förderung der europäischen Bürgerschaft konsultieren Sie folgende Webseiten: www.coe.int/youth und www.coe.int

8. Für weitere Informationen über den Inhalt der nationalen Bildungssysteme und den Platz der Bildung zur Bürgerschaft in diesen, konsultieren Sie folgende Webseite: <http://www.ibe.unesco.org/International/Databanks/Dossiers/mainfram.htm>. Sie gibt allgemeine Informationen über die Bildungssysteme aller UNESCO Mitgliedstaaten



Europäische
Bürgerschaft
T-Kit

Für diese beiden Institutionen werden die wichtigsten Kompetenzen in vier miteinander verbundenen Dimensionen der Ausübung von Bürgerschaft zusammengefasst. (Veldhuis, 1997) ⁹:

Politische und rechtliche Dimension

Diese Dimension beinhaltet, dass Bildung Wissen, Verhaltensweisen und Kompetenzen ansprechen sollte, die die Einzelnen benötigen, damit sie ihre Rechte ausüben und ihre Pflichten in den politischen und rechtlichen Systemen der Bürgerschaft erfüllen können – unabhängig davon, ob sie national, international (d.h. Europarat) oder supranational (d.h. Europäische Union) sind. Dies bedeutet, dass die Bildung zur europäischen Bürgerschaft sich befassen sollte mit dem Erwerb von Wissen über die politischen und rechtlichen Systeme (zum Beispiel bürgerliche und politische Rechte, andere Menschenrechte, Bürgerpflichten), Fähigkeiten zur Beteiligung an solchen Systemen und konstruktives kritisches Verhalten ihnen gegenüber, positive Einstellung zur Demokratie durch individuelle und kollektive Aktionen und Kompetenzen für eine aktive Beteiligung am öffentlichen Leben, einschließlich des europäischen öffentlichen Lebens.

Soziale Dimension

Diese Dimension beinhaltet, dass die Bildung zur europäischen Bürgerschaft die Art und Weise behandeln sollte, wie soziale Beziehungen sich entwickeln und zwischen Einzelnen und Gruppen gepflegt werden. In dieser Dimension werden Fragen und Werte wie Solidarität und gegenseitige Achtung, Wertschätzung des Beitrages aller Individuen zur Gesellschaft, gleiche Chancen zur Entwicklung der Gesellschaft beizutragen, abgedeckt. Auch soziale Kompetenzen wie Verhandlungsgeschick, Empathie, aktive Toleranz und gegenseitige Unterstützung sollten gelehrt werden.

Ökonomische Dimension

Die Wirtschaft spielt, auch wenn dies oft wenig beachtet wird, eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht festzustellen, inwieweit Menschen als Bürger/innen agieren können. Meist gibt es spezifische Programme für die „Habenichtse“ der Gesellschaft, damit sie die Fähigkeit entwickeln, sich als aktive Bürger/innen zu beteiligen. In dieser Dimension jedoch werden alle Bürger/innen auf das Leben in der Gesellschaft vorbereitet, damit sie die notwendigen Kompetenzen entwickeln, um sich aktiv beteiligen zu können. Dazu zählt das Wissen, wie die Wirtschaft funktioniert, insbesondere das Wissen um die wachsende globale Dimension des Wirtschaftslebens, die Rolle des Konsums für die Bürgerschaft und das Wissen über die Welt der Produktion und Beschäftigung. Außerdem sollten die Bürger/innen Wirtschaftsmechanismen verstehen und versuchen, diejenigen zu beeinflussen, die andere von einer Vollbeteiligung und dadurch von einer aktiven Bürgerschaft ausschließen.

Kulturelle Dimension

In die kulturelle Dimension fallen alle Fähigkeiten zur Entwicklung und Ausübung der gemeinsamen Werte der europäischen Bürgerschaft. Sie bezieht sich auf die hohen kulturellen Aspekte wie Wissen um die europäische Geschichte und die Weltgeschichte, verschiedene Kulturen, Völker und Sprachen. Wichtiger jedoch ist, sie bezieht sich auch auf die innere Seite der europäischen Bürgerschaft, auf die unterschiedlichen aber komplementären Zugehörigkeitsgefühle in einem gemeinsamen Erbe und auf Werte wie die Universalität der Menschenrechte, Umweltschutz, Nichtdiskriminierung und Achtung anderer.

9. Diese vier Dimensionen der Bürgerschaft wurden von Ruud Veldhuis in „Education for Democratic Citizenship: Dimensions of Citizenship, Core Competencies, Variables and International Activities“, Straßburg, Europarat, 1997, Dokument DECS/CIT (97) 23 entwickelt. Siehe auch S. 32 - 34

Zur Geschichte
Europas und
der Bürgerschaft

Zeitgenössische
Ansätze zur
Bürgerschaft

Künftige
Entwicklungen

Unser
konzeptioneller
Rahmen

Zeitgenössische
Ansätze
zur Bildung
für europäische
Bürgerschaft

Unser Ansatz
zur Bildung
für europäische
Bürgerschaft

Bürgerschafts-
projekte
– Beispiele und Ideen



Europäische
Bürgerschaft
T-Kit

Zur Geschichte
Europas und
der Bürgerschaft

Zeitgenössische
Ansätze zur
Bürgerschaft

Künftige
Entwicklungen

Unser
konzeptioneller
Rahmen


Zeitgenössische
Ansätze
zur Bildung
für europäische
Bürgerschaft

Unser Ansatz
zur Bildung
für europäische
Bürgerschaft

Bürgerschafts-
projekte
– Beispiele und Ideen

Während alle diese Dimensionen des Projektes der europäischen Bürgerschaft nach Ansicht der beiden Hauptakteure (Europarat und Europäische Union) einen starken kognitiven, wissensorientierten Ansatz beinhalten, hat die Praxis der Bildung zur europäischen Bürgerschaft in den informellen Kontexten und Programmen gezeigt, dass es bei dieser Bildung um mehr als nur faktisches Wissen geht. Die europäische Bürgerschaft hat zwei Seiten, die kognitive Entwicklung und die Entwicklung von Verhaltensweisen. Es gibt sogar Gründe zu glauben, dass von den beiden Seiten der Bildung zur europäischen Bürgerschaft die Verhaltensseite die wichtigere ist, da sie einige der Schwierigkeiten der Bildung zur europäischen Bürgerschaft anspricht, die oben erwähnt wurden, wie zum Beispiel das Motivationsproblem.

Nachdem wir uns angesehen haben, wie andere Menschen und Institutionen an die Bildung zur europäischen Bürgerschaft herangehen, untersuchen wir im nächsten Kapitel unsere Vorgehensweise.

 Was ist Ihrer Meinung nach wichtiger –
die Entwicklung von Verhaltensweisen oder Wissen? 